

# PRESSEMITTEILUNG

## Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Bearbeiterin  
Gudrun Heute-Bluhm

E [gudrun.heute-bluhm@staedtetag-bw.de](mailto:gudrun.heute-bluhm@staedtetag-bw.de)  
T 0711 22921-20  
F 0711 22921-42

Az ST934 - P 249/2016 · GV/Z

15.04.2016

## Städtetag in Plochingen am 14.04.2018

### **Stuttgart.**

**Bürgermeister aus den Regierungsbezirken Stuttgart und Karlsruhe treffen sich in Plochingen zum Erfahrungsaustausch und zum Gespräch mit der Karlsruher Regierungspräsidentin Nicolette Kressl. Im Vordergrund stehen Themen rund um den Schwerpunkt „Wohnen im ländlichen Raum“ und Integration der Flüchtlinge. Bürgermeister Buß stellt die Stadt als attraktiven Wohnort im Randbereich des Ballungsraums Stuttgart vor.**

Traditionell veranstaltet der Städtetag Baden-Württemberg zweimal jährlich Arbeitstagungen für seine Mitgliedsstädte in den verschiedenen Städtegruppen und lädt dazu die Regierungspräsidenten ein. Die Karlsruher Regierungspräsidentin berichtete in Plochingen über die vorgesehenen Änderungen in der Flüchtlingszuweisung. Nachdem der Zustrom ganz erheblich nachgelassen hat, seien nur noch ca 100 Neuzugänge pro Tag zu verzeichnen. Sie erläuterte das zentrale Registrierverfahren in Heidelberg und stellte in Aussicht, dass die Zuweisung an die Landkreise zurückgehe. Dabei werde ausgeglichen, wenn die jeweiligen Landkreise bisher unter dem Durchschnitt Flüchtlinge aufgenommen hätten. Derzeit wären 63 % der Erstaufnahmeplätze im Regierungsbezirk Karlsruhe.

Gudrun Heute-Bluhm, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags, berichtete über die Bemühungen des Städtetags, hinsichtlich der Finanzierung des Landes für die Anschlussunterbringung der Flüchtlinge in den Städten und Gemeinden eine klare Zusage von der neuen Landesregierung zu erhalten. Derzeit führe der Verband Gespräche mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppen der Koalitionsverhandlungen und unterstütze ihre Arbeit durch einschlägige Informationen. Wolfgang Vockel, Bürgermeister von Tauberbischofsheim und Vorsitzender des Bürgermeistersprengels, verwies auf die große Bedeutung der ehrenamtlichen Unterstützung. Ohne diese wäre die Arbeit der vergangenen Monate nicht zu bewältigen gewesen.

Mit dem Städtetag sei er der Meinung, dass die Betreuung der Flüchtlinge nicht bürokratisch starr durch ausgebildete Sozialarbeiter erfolgen müsse. Heute-Bluhm verwies darauf, dass sogar die Wohlfahrtsverbände wie das DRK für gemischte Teams aus Fachkräften und sozial erfahrenen Fachkräften plädiere.

Die Tagungsteilnehmer stimmten überein, dass ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit der neuen Landesregierung das Thema Wohnen sein müsse. Grundsätzlich werde dies wohl überparteilich so gesehen, meinte Heute-Bluhm. Der Städtetag fordere, dass die Zusage von Finanzminister Dr. Schmid eingelöst werde, den sozialen Wohnungsbau stärker zu fördern. Wichtig sei eine Zuschussförderung und die Aufstockung der Mittel. Der Minister habe dies für 25.000 Wohnungen in Aussicht gestellt.

Die Teilnehmer der Arbeitstagung fordern, diese Förderung so auszugestalten, dass der ländliche Raum davon profitieren könne. Es gehe nicht nur um Wohnbauförderung, sondern auch um Konzepte, um den Verbleib in den ländlich strukturierten Städten und Gemeinden attraktiver zu machen. Wichtig sei dabei auch die zielgerichtete Förderung des öffentlichen Nahverkehrs. Bürgermeister Buß berichtete, dass in Plochingen täglich 100.000 Pendler in die S-Bahn einsteigen und auf die grundständige Förderung des Schie-

nenverkehrs durch das Land angewiesen sind.

Diskutiert wurden in diesem Zusammenhang auch die „Eckpunkte für ein Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz“, welche der Städtetag zusammen mit dem Gemeindetag und den Verbänden der Wohnungswirtschaft formuliert hat.

Gudrun Heute-Bluhm bestätigte die Aussage der Praktiker aus den Rathäusern, dass es an manchen Stellen kein neues Gesetz brauche, sondern die ermutigende Auslegung der vorhandenen Bestimmungen auch von den Genehmigungsbehörden.

Abschließend äußerten die Bürgermeister die Bitte, sich einmal schwerpunktmäßig mit der Personalgewinnung im öffentlichen Dienst zu beschäftigen. Gudrun Heute-Bluhm verwies auf die gerade angelaufene Image-Kampagne „Wir machen's öffentlich“ und sagte zu, dieses Projekt in der nächsten Sitzung vorzustellen.